

Statement von Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel bei der Bilanzpressekonferenz

der Diakonie Katastrophenhilfe am 6. Juli 2011

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zu unserer Bilanzpressekonferenz. Das vergangene Jahr war in der öffentlichen Wahrnehmung geprägt durch zwei Naturkatastrophen von ungeheurem Ausmaß: das Erdbeben von Haiti mit seinem riesigen Ausmaß an Toten und an Zerstörungen und dann die Flutwelle, die im Sommer durch Pakistan rollte und die Lebensgrundlage von 20 Millionen Menschen wegspülte.

In unserer Jahresbilanz 2010 hat sich das niedergeschlagen. Wir haben allein 16,8 Millionen Euro für Haiti und 17,6 Millionen für Pakistan eingenommen. Rund sechsmal größer ist das Spendenergebnis dadurch insgesamt ausgefallen als im an Großkatastrophen armen Vorjahr – nämlich 41 Mio. in 2010 gegenüber 6,6 Mio. in 2009. Das ist nach 2002 und 2005 das drittbeste Ergebnis unserer Geschichte. Wie wir die Mittel für die beiden Großkatastrophen verwendet haben und noch weiter für die Herkulesaufgabe des Wiederaufbaus in beiden Ländern verwenden werden, haben wir im Jahresbericht dargelegt. Ich komme darauf nur auf Nachfragen zurück.

Heute möchte ich stattdessen Ihre Aufmerksamkeit darauf richten, welche humanitären Dramen sich fernab der Öffentlichkeit im vergangenen Jahr abgespielt haben, die uns ebenfalls heftig in Anspruch genommen haben und unseres Mitgefühls bedürfen. Sie heute in den Mittelpunkt zu stellen, ist für uns Programm: Seit Jahren und auch im vergangenen Jahr arbeiten wir gezielt auch dort, wo niemand hinschaut und Geld geben möchte - zum Beispiel im Ostkongo, im Sudan, im Tschad oder in Kolumbien. (Auch das können Sie im Jahresbericht nachvollziehen.) In Gebieten also, wo Millionen Menschen durch Krieg und Bürgerkriege vertrieben werden und Jahre oder vielleicht Jahrzehnte im eigenen Land oder in Nachbarländern in Lagern ihr Dasein als Flüchtlinge fristen müssen.

Wir unterstützen Menschen, die bitterarm sind – die überwältigende Mehrheit der Flüchtlinge weltweit lebt nämlich in Entwicklungsländern. Und 80 Prozent von ihnen werden auch dort als Flüchtlinge in Gastfamilien oder Lagern aufgefangen und versorgt: Die Armen versorgen

die Ärmsten! Pakistan hat zum Beispiel 2009 mit 1,7 Millionen Flüchtlingen weltweit die meisten Menschen aufgenommen!

Die armen Staaten und ihre Bewohner tragen die Hauptlast und Hauptverantwortung für die Flüchtlinge und Vertriebenen dieser Welt – nicht die Europäer! Gastländer und –familien und die Entwurzelten, die sie – z.T. über Jahre und Jahrzehnte - aufgenommen haben, brauchen dringend unsere Unterstützung - umso mehr, je weniger gastfreundlich Europa ist.

Viel wird zur Zeit das hehre Prinzip der ‚responsibility to protect‘ bemüht, wenn es darum geht, das militärische Eingreifen aus der Luft in Libyen zu rechtfertigen. Aber wer spricht von diesem Prinzip im Zusammenhang der libyschen Kriegs-Flüchtlinge, die auf den Grenzstreifen festgehalten, schikaniert und gefoltert werden? Wer schaut nach ihnen und unterstützt sie in den Nachbarstaaten? Wer spricht von der Schutzverpflichtung gegenüber Menschen, die Lebensgefahren eingehen müssen beim verzweifelten Versuch, auf dem Seeweg Europa zu erreichen? Wenn keiner die Flüchtlinge mehr wahrnehmen und unterstützen will, sind sie richtig arm dran. Die größte Katastrophe für Menschen auf der Flucht ist das Wegschauen!

Wir machen in diesen Wochen mit einer Kampagne „Flucht und Vertreibung – 60 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention“ auf das Schicksal oder besser: die Schicksale von 43 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen weltweit aufmerksam, denn sie brauchen besseren Schutz : zum Beispiel sind 64 Prozent innerhalb der eigenen Staatsgrenzen auf der Flucht und stehen deshalb nicht unter dem Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention. Keiner ist verpflichtet zur ‚responsibility to protect‘ und keiner muss sich verantwortlich fühlen, sie zu unterstützen, wenn die eigene Regierung es nicht tut. Intern Vertriebene brauchen deutlich mehr finanzielle Unterstützung als sie bekommen. Bedarf und Mittelflüsse verhalten sich umgekehrt proportional etwa zu Japan!

Ich selbst habe in den vergangenen 12 Monaten zwei der Länder besucht, in denen Hunderttausende Menschen auf der Flucht vor Gewalt aus regionalen Konflikten, die über ihre Dörfer gekommen sind, Monate und Jahre in Lagern oder bei armen Gastfamilien hausen: den Ostkongo im vergangenen Sommer und im März den Tschad. In beiden Ländern unterstützt die Diakonie Katastrophenhilfe als eine von wenigen Organisationen Flüchtlinge – teils mit Mitteln des Auswärtigen Amtes, teils aus zweckungebundenen Spenden – wofür wir besonders dankbar sind.

In Ostkivu – in der Demokratischen Republik Kongo – unterstützen wir z.B. Flüchtlinge mit ihren Gastfamilien gemeinsam. Sie erhalten beide landwirtschaftliche Schulung und Saatgut

zur Ertragssteigerung. Die einen zur unmittelbaren Ertragssteigerung, solange sie andere durchfüttern müssen, die anderen, um es bei der Rückkehr als Starthilfe mitnehmen zu können. Ich war bei bitterarmen Gastfamilien, die selber von der Hand in den Mund leben.

Der Tschad ist eines der ärmsten Länder der Welt - rund 80 Prozent der Bevölkerung leben in Armut. Auf 11,7 Millionen Menschen kommen 300 Ärzte, 68 % der Bevölkerung sind Analphabeten. Mehr muss nicht gesagt werden. Der Staat verzeichnet seit einigen Jahren steigende Einnahmen aufgrund neu aufgenommener Ölförderungen, er funktioniert aber (noch) nicht wie ein ‚ordentlicher Staat‘.

Die Regierung des Tschad ist nicht mal in der Lage, die normalen alltäglichen Bedürfnisse der Menschen und Anforderungen eines friedlichen Gemeinwesens zu erfüllen – wie dann die der Bevölkerungsgruppen in zusätzlich besonders akuter Not? Das Land, das im sogenannten Konflikt-Triangel Tschad, Darfur und Zentralafrikanische Republik liegt, in dem drei Millionen Vertriebene und Flüchtlinge leben müssen, ging in den vergangenen Jahren durch verschiedene humanitäre Krisen gleichzeitig - eine großen Dürre in 2009, eine schwere Flut in 2010, interethnische Gewaltkonflikte und Konflikte zwischen Rebellen und Armee, Überfälle von Janjaweed-Reitermilizen aus dem Sudan auf Dörfer im Osten des Landes. Das traurige Ergebnis: in 2010 waren 2,5 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe von außen angewiesen. Das überfordert die Regierung vollständig. UNHCR hatte darum bis Jahresbeginn die zweitgrößte Präsenz im Land weltweit.

Die Regierung kann/will ihre Überforderung aber nicht zugeben. Ihre Reaktion: die Binnenvertriebenen aus den Lagern jagen – zurück in niedergebrannte Dörfer, von denen nichts stehen geblieben ist und auf deren Felder kein Halm mehr wächst. Und: lästige Beobachter, die UN und andere internationalen Hilfsorganisationen, loswerden. Also wurde kurzerhand erklärt, dass die humanitäre Lage sich so entspannt habe, dass humanitäre Hilfe nur noch für Flüchtlinge aus dem Sudan nötig sei.

Es hat mich wütend gemacht, die Verzweiflung der im Land Vertriebenen in den Lagern im Ost-Tschad – unserem Schwerpunktgebiet im Tschad - zu erleben, deren Lager die Regierung einfach schließen will und die sie in ihre Heimatdörfer zurückschicken will. Was erwartet uns da, fragen sie, wie sollen wir überleben? Das Vieh tot, auf den Feldern kein Halm mehr, die Häuser abgebrannt, keine Jobs, keine Schulen, kein nichts. Keine Ahnung haben sie – oder die Regierung -, ob die Gefahr neuer Gewalt im Grenzgebiet zum Sudan wirklich gebannt ist.

Aber die Regierung sagt einfach zu uns und unseren Partnern: Schluss mit der Versorgung in Lagern, alles soll in die hundert Ursprungsdörfer zurück! Sie fordert uns auf, wir könnten sie ja da – zerstreut in alle Winde - in Gegenden unterstützen, in die kaum Straßen führen

und schon ganz bestimmt gar keine irgendwie sicheren Straßen. Wegelagerer und Banditentum sind weit verbreitet und es gibt, nachdem die Regierung die internationale Schutztruppe MINURCAT weggeschickt hat – weil ja jetzt alles okay ist –, noch keine echte Sicherheit für Bevölkerung und Helfer.

Der Staat ist nicht in der Lage, die Flüchtlinge im Land zu schützen. Aber er hat weiteren internationalen Schutz der Bevölkerung abgelehnt und er verbietet den internationalen Helfern die Hilfe in den Lagern für die Binnenflüchtlinge. Das Überlebensproblem für die Vertriebenen am Rande des No-where bleibt - bald wird gar keiner mehr außerhalb dieser Dörfer etwas davon mitkriegen. Wegschauen, verleugnen, vergessen sind die größten Katastrophen – im Sinne von: machen die Katastrophe erst ‚perfekt‘!

Der Tschad liegt – wie gesagt - in einer der größten Krisenregionen im Zentrum Afrikas, die seit Jahrzehnten von Konflikten geprägt ist. Dazu gehört auch der Sudan. Ein Land, das sich nach einem halben Jahrhundert Bürgerkrieg in Nord und Süd aufteilt. Am 9. Juli wird der Südsudan unabhängig. Ein historisches Ereignis, das uns sehr freut, aber auch besorgt macht.

An den künftigen Grenzen zwischen Nord und Süd gibt es weiterhin gewaltsame Konflikte. Auch in vielen Regionen im Süden. Wir hoffen, dass die Menschen im Südsudan nach so vielem Leid künftig in Frieden leben können. Wir wissen, dass dies schwer ist, wenn es um Bodenschätze geht. 80 Prozent der Ölvorkommen sind im Südsudan. Die Pipeline geht durch den Norden. Das Öl könnte eine Quelle des Reichtums für viele sein.

In drei Tagen wird der Südsudan unabhängig. Seit Jahren unterstützen wir die Menschen in einem Land, das ein halbes Jahrhundert Bürgerkrieg hinter sich hat. Die Zahlen belegen das Grauen, das dieser Krieg hinterlassen hat: zwei Millionen Tote und vier Millionen Vertriebene. Nach dem Friedensschluss von 2005 und dem Referendum mit dem überwältigenden Votum für die Unabhängigkeit geht für die Südsudanesischen ein Wunsch in Erfüllung, den sie seit Jahrzehnten haben: im eigenen Land zu leben und einen eigenen Staat aufzubauen.

Es ist ein Staat mit denkbar schwierigen Ausgangsbedingungen. Nach dem langen Krieg mit dem Norden ist die Infrastruktur fast völlig zerstört. Es gibt kaum befestigte Straßen, nur eine rudimentäre Verwaltung und auch das Bildungs- und Gesundheitswesen ist kaum ausgebildet. Ein Schwerpunkt für uns war 2010 deshalb der Aufbau der Infrastruktur.

Wir als Diakonie Katastrophenhilfe unterstützen im Süden des Landes, im Landkreis Ikotos, den Bau von drei neuen Schulen für jeweils 100 Kinder, den Bau neuer Tiefbrunnen und die Verteilung von Saatgut und Werkzeug an Rückkehrer. Und seit Jahren betreiben wir eine

Klinik mit Gesundheitsstationen in Rumbek und sichern dort für die Menschen die Gesundheitsversorgung. Das wollen wir auch in den kommenden Jahren tun. Dies ist umso wichtiger, weil auch in dieses Gebiet viele Flüchtlinge zurückkehren.

Mit großer Sorge beobachten wir die eskalierende Gewalt. In der ölreichen Grenzregion Abyei ist es zum Konflikt mit dem Nordsudan gekommen, genauso wie in Südkordofan, wo es offenbar zu regelrechten ethnischen Säuberungen gekommen ist, wie wir aus kirchlichen Quellen erfahren konnten. Auch im Inneren des Südsudan kommt es immer wieder zu Kämpfen mit Milizen und Banden und zu schrecklichen Massakern.

Gemeinsam mit unseren Partnern aus dem globalen kirchlichen Hilfsnetzwerk „ACT Alliance“ arbeiten wir im sudanesischen ACT-Forum zusammen. Dabei stehen im Moment Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung vor Gewalt und Übergriffen sowie die Sicherung der Ernährung für die vielen Rückkehrer im Mittelpunkt. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Schaffung von Stabilität im Land. Nur auf dieser Grundlage kann eine funktionierende Regierung entstehen.

Der Sudan am Scheideweg? So lautete der Titel einer Veranstaltung auf dem Evangelischen Kirchentag in Dresden. Auch dort wurde die mangelnde Sicherheit als Hauptproblem genannt. Gemeinsam mit den Kirchen sehen wir als kirchliche Hilfsorganisationen hier auch künftig die zentrale Aufgabe, einen Beitrag zu Frieden und Stabilität zu leisten. Bislang kommt es weiterhin – von allen beteiligten Konfliktparteien – zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Deshalb ist es vordringlich, Sicherheit zu schaffen.

Für die Diakonie Katastrophenhilfe ist der Südsudan ein Schwerpunktland. 2010 haben wir unsere Präsenz verstärkt und stimmen uns eng mit dem ACT-Verbund ab. Wenn es zur Eskalation der Gewalt kommt, ist weitere Hilfe nötig. Darauf sind wir vorbereitet. Gleichzeitig rufen wir dazu auf, die Situation der Menschen in der sudanesischen Krisenprovinz Darfur nicht zu vergessen. Auch dort wird unsere Hilfe dringend gebraucht.